

Herausgeforderte Koexistenz in Georgien

Die Ausgrenzung von Minderheiten von der nationalen Identität Georgiens hat zu ethnischen und religiösen Spannungen geführt, die Anlass zur Besorgnis geben. Neue Ansätze der Regierung scheinen in die richtige Richtung zu gehen, bedürfen jedoch einer konsequenten Umsetzung. Nur so können die Ursachen der Spannungen beigelegt werden.

Von Angela Ullmann

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird immer deutlicher, wie wichtig ein besseres Verständnis der Rolle von Religion in Konflikten ist. Religion kann Menschen verbinden und trennen. Entzweierend wirkt Religion etwa, wenn sie als Identitätsquelle die Grenzen zwischen Gemeinschaften hervorhebt. Diese Rolle nahm sie zwischen 2012 und 2014 bei interkommunalen Spannungen in Georgien ein, wo religiöse Identitäten ein wichtiger Faktor bei der Unterscheidung von Zugehörigkeiten zur Mehr- oder Minderheitsbevölkerung sind.

Im Südkaukasus existieren nach wie vor ungelöste Territorialkonflikte in Georgien (Südossetien und Abchasien) sowie zwischen Aserbaidschan und Armenien (um Berg-Karabach). Diese Konflikte behindern die wirtschaftliche Entwicklung und das Entstehen von sozialer Sicherheit, besonders bei Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Menschen in ländlichen Gebieten. Neben den Territorialkonflikten kämpft Georgien aber auch mit weniger offensichtlichen Spannungen zwischen der ethnisch georgischen orthodoxen Mehrheit und den ethnisch gemischten muslimischen Minderheiten. Auch die Mitglieder der Armenischen Apostolischen Kirche, Zeugen Jehovas und Baptisten leiden unter Diskriminierung. Die zwischen 2012 und 2014 zutage getretenen Spannungen rund um Gebetsstätten haben aber die Beziehung zwischen orthodoxen und muslimischen Gemeinden in den Fokus gerückt (siehe Infokasten).



Muslimische Religionsführer danken dem georgischen Premier Irakli Garibashvili für seine Unterstützung. Initiativen der Regierung zur Förderung religiöser Koexistenz scheinen zu fruchten. *Regierung Georgiens*

Im Kern sind die angespannten Beziehungen auf ungelöste Fragen des georgischen Nationalismus und der politischen Inklusion zurückzuführen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurden die muslimischen Minderheiten in die Schaffung der nationalen Identität Georgiens nicht ausreichend miteinbezogen. Die Beziehung zwischen den genannten Mehr- und Minderheiten birgt aufgrund der religiösen Dimension politische Sprengkraft und hat das Potenzial, die Spannungen um religiöse Identitäten zu verhärten. Die seit 2012 aufgetretenen Dispute zeigen Risse in der georgischen Gesellschaft, die grösser zu

werden drohen. Die Förderung einer nationalen georgischen Identität, die sämtliche Bevölkerungsgruppen einbezieht, ist deshalb dringend notwendig. Andernfalls könnte der Ausschluss der nationalen Minderheiten zum Auslöser politischer Konflikte werden.

Für die Schweiz ist Georgien aus drei Gründen von Bedeutung. *Erstens* liegt Georgien an einer geostrategisch wichtigen Route für den Energietransport von Ost nach West und ist relevant für gewisse Sicherheits- und Migrationsfragen. *Zweitens* ist ein friedliches und wohlhabendes Geor-

gien im Sinne des Schweizer Engagements für den Frieden und die regionale Stabilität im Südkaukasus. Zwischen 2013 und 2016 hat die Schweiz 110 Millionen Franken in Projekte in der Region investiert, die der wirtschaftlichen Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen, guten Regierungsführung, öffentlichen Diensten sowie den Menschenrechten und der Friedensförderung dienen. In diesem Zusammenhang stellt sich jeweils die Frage, wie Georgien unterstützt werden kann, ohne dabei die Spannungen mit Russland zu verschärfen – eine Herausforderung, welche die Schweiz in der Vergangenheit als vertrauenswürdige Vermittlerin zwischen Russland und Georgien gut gemeistert hat. *Drittens* wird nicht nur für Georgien, sondern auch für die Schweiz die Frage nach einem guten Umgang mit den wachsenden muslimischen Minderheiten im eigenen Land immer wichtiger.

Die Suche nach Identität

Religion und ethnische Zugehörigkeit sind in Georgien zwei wichtige gesellschaftliche Kräfte, anhand derer man sich und andere identifiziert. Aufgrund der reichen Geschichte des Südkaukasus haben die Einwohner Georgiens unterschiedliche ethnische und religiöse Hintergründe. Es werden verschiedene Sprachen gesprochen, was insbesondere zwischen Randregionen und Zentralgeorgien zu Sprachbarrieren führen kann. Gemäss der letzten verfügbaren Volkszählung (2002) sind von den 4,37 Millionen Menschen in Georgien 84 Prozent Angehörige der georgisch-orthodoxen Kirche, 10 Prozent Muslime, 4 Prozent Anhänger der armenisch-gregorianischen Kir-

Im Volksmund gilt nur als Georgier, wer ethnischer Georgier ist und der georgisch-orthodoxen Kirche angehört.

che und insgesamt 2 Prozent Katholiken, Juden oder Anhänger anderer Glaubensrichtungen. Ebenso 84 Prozent der Bevölkerung sind ethnische Georgier und 16 Prozent Angehörige ethnischer Minderheiten: davon 6,5 Prozent Aseri, 5,7 Prozent Armenier, 1,5 Prozent Russen und insgesamt 2 Prozent Ossetier, Jesiden, Griechen, Kisten, Ukrainer oder Abchasen. Diese Daten sind zur Einordnung der Grössenverhältnisse hilfreich, sie müssen aber mit Vorsicht zu genossen werden. Es gibt drei grosse muslimische Gemeinschaften in Georgien: *Erstens* die ethnischen Aserbajdschaner, die grösstenteils Schiiten und in Niederkartlien

und Kachetien angesiedelt sind. *Zweitens* die ethnischen Georgier sunnitischen Glaubens, von denen viele in der Autonomen Republik Adscharien leben und *drittens* die ethnischen Kisten, sunnitische Muslime aus dem Pankissi-Tal in Kachetien (siehe Karte). Religiöse und ethnische Minderheiten sind folglich nicht deckungsgleich. Mitglieder religiöser Minderheiten sind nicht zwangsläufig Teil einer ethnischen Minderheit, sondern können auch zur ethnischen Mehrheit gehören. Dasselbe gilt für Mitglieder ethnischer Minderheiten, die nicht zwangsläufig einer religiösen Minderheit angehören. Dies macht die Zugehörigkeiten und damit die Beziehungen zwischen Mehr- und Minderheiten umso komplexer. Ein gutes Beispiel hierfür sind die ethnischen Armenier: Von den 5,7 Prozent ethnischen Armeniern gehören 4 Prozent der armenisch-gregorianischen Kirche an, die restlichen 1,7 Prozent vermutlich der georgisch-orthodoxen Kirche, also der Gruppe der religiösen Mehrheit.

Diese Fakten kollidieren mit der landläufigen Vorstellung darüber, was eine Person zum *Georgier* macht. Obwohl die Angehörigen von Minderheiten als Staatsbürger anerkannt werden, gilt im Volksmund nur als *Georgier*, wer ethnischer Georgier ist und der georgisch-orthodoxen Kirche (GOK) angehört. Es gibt bislang keine verankerte Vorstellung eines Georgiers ausserhalb dieses Rasters. Das Erbe der sowjetischen atheistischen Identität, die zur Unterdrückung ethnischer und religiöser Identitäten führte, dürfte den Mangel an staatsbürgerlicher Identität begünstigt haben. Die religiösen und ethnischen Faktoren, die eine Person zum *Georgier* machen, führen zu doppelter Ausgrenzung: Mehr als 16 Prozent der Georgier werden von einem Grossteil der Bevölkerung nicht als *Bürger Georgiens* anerkannt, wenngleich sie durch den Staat formal als solche anerkannt werden. Für den multiethnischen und multireligiösen Nationalstaat ist dies höchst problematisch, weil es das Gefühl nationalen Zugehörigkeit auf die Mehrheitsgruppe beschränkt. Ohne gesellschaftliche Anerkennung fehlt den Minderheiten die soziale Legitimation, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen und für die Belange ihrer Gemeinden auf nationaler Ebene einzutreten.

Spannungen um Gebetsstätten

Zwischen 2012 und 2014 kam es in Georgien zu einer Reihe von lokalen Disputen zwischen Mehr- und Minderheitsbevölke-

Spannungen um Gebetsstätten

Mitte 2012 kam es in Nigvziani (in Gurien), im November 2012 in Tsintsikaro (Niederkartlien) und im Mai 2013 in Samtatskaro (Kachetien) zu Vorfällen. In allen drei Fällen nahmen orthodoxe Einwohner Anstoss an Moscheen und hinderten Muslime an der Ausübung ihrer Gebete in den Gebetsräumen. Der Justizminister bat daraufhin das **georgisch-orthodoxen Patriarchat** um die **Vermittlung einer friedlichen Lösung**. Die Spannungen klangen zwar ab, konnten jedoch nicht dauerhaft aus der Welt geräumt werden. Dem Vernehmen nach befürworteten die Muslime die Intervention des Patriarchen, während die orthodoxe Bevölkerung sich eher übergangen fühlte. Nach den Vorfällen wurde die **Regierung kritisiert**, die Religionsfreiheit nicht ausreichend geschützt zu haben und ihr Mandat an die Kirche abgegeben zu haben. Im Verlauf des Jahres 2013 entbrannte in Chela (Samtsche-Dschawachetien) ein Streit um ein neu errichtetes Minarett. Nach Protesten von Orthodoxen ermittelte die örtliche Verwaltung angebliche Verstösse gegen die Zollbestimmungen und liess das Minarett abbauen, nur um es wenige Wochen später wieder aufzurichten. Der Wiederaufbau rief jedoch erneuten Widerstand hervor und zeugt von Ignoranz und **Naivität der Behörden**, die den Disput allein auf der verwaltungstechnischen Ebene angingen. Fünf Kilometer nördlich von Chela eskalierte 2014 ein weiterer lokaler Konflikt in Moke. Dort protestierte die muslimische Gemeinde gegen die Umwandlung einer historischen Moschee in staatlichem Besitz in ein Kulturzentrum. Zwei weitere Vorfälle ereigneten sich 2013 in Batumi und 2014 in Kobuleti (beide in Adscharien). In Batumi war die Moschee zu klein geworden. Die Spannungen entzündeten sich aufgrund von Gerüchten, die muslimische Gemeinde wolle eine zerstörte osmanische Moschee wiederaufbauen, welche die Bevölkerung an die Eroberung Batumis durch die Türken im Jahr 1921 erinnert. In Kobuleti protestierten die orthodoxen Einwohner aus **Angst vor einem muslimischen und türkischen Machtzuwachs** gegen den Bau einer islamischen Schule, die angeblich mit Unterstützung der Türkei errichtet werde. Doch weder rechtliche Einwände noch Strassenbarrikaden konnten den Bau der Schule verhindern. An die Pforte der Schule wurde später ein Schweinekopf genagelt. Die Behörden reagierten zwar zeitnah auf den Vorfall, die Täter wurden jedoch lediglich nach dem Verwaltungsstrafrecht belangt.

rungen um muslimische Gebetsstätten und Orte religiösen Unterrichts. Die sieben Vorfälle, die rasch die nationalen Schlagzeilen prägten, ereigneten sich in religiös gemischten, jedoch mehrheitlich orthodox geprägten Dörfern (siehe Karte). Die den Disputen zugrunde liegenden Dynamiken wurden von verschiedenen Faktoren beein-

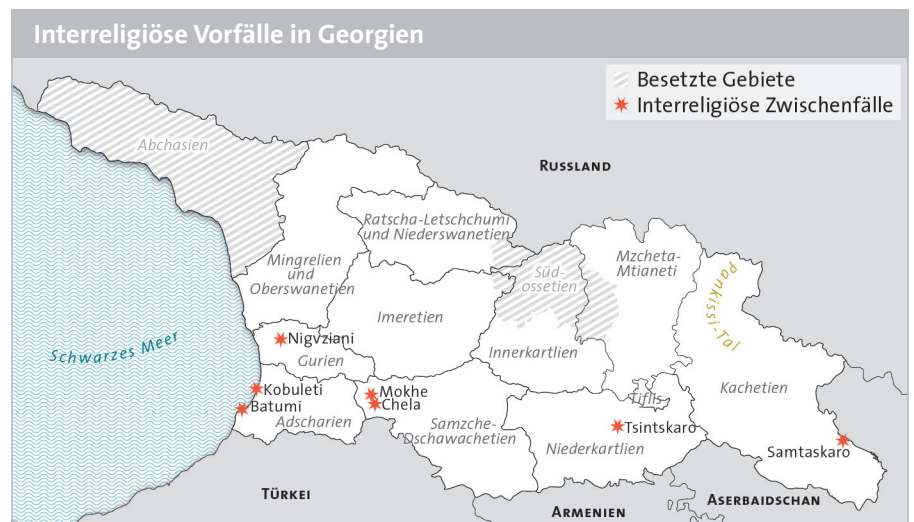
flusst. Neben der schwierigen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage haben auch die hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Leistungsfähigkeit von Staat und Justiz eine Atmosphäre begünstigt, in der es zu Zusammenstößen zwischen orthodoxen und muslimischen Gemeinschaften kommen konnte. Darüber hinaus sorgte die rapide Modernisierungspolitik der Regierung, die Kirchenvertreter und konservative Teile der Gesellschaft aussen vor liess, für zusätzliche sozio-politische Spannungen. Zudem haben sich einige Priester der georgisch-orthodoxen Kirche gegen Ideen von Toleranz und friedlichem Zusammenleben ausgesprochen und teilweise gar zu Hass gegenüber Muslimen aufgerufen.

Die Vorfälle wurden weiter durch die nationalistische Identitätspolitik und die demografischen Veränderungen in den Regionen Niederkartlien und Samzche-Dschawachetien beeinflusst. Seit den 1980er-Jahren veranlasste die Regierung die Umsiedlung Tausender so genannter ökologischer Migranten aus Adscharien und Swanetien in diese beiden Regionen. Grund für die Umsiedelung waren durch den Klimawandel ausgelöste Erdbeben, Hochwasser und Lawinen. Zu den umgesiedelten Völkern gehörten viele ethnische Georgier sunnitischen Glaubens sowie ethnische Aseri schiitischen Glaubens. Letztere sind mit einem Anteil von etwa 45 Prozent mittlerweile die grösste Bevölkerungsgruppe Niederkartiens.

Die Dynamik verstärkt haben auch die territorialen Konflikte Georgiens, welche zu einem Überdruß an Konflikten geführt haben. Dies gilt als mögliche Erklärung dafür, dass die örtlichen Behörden rein administrativ auf die Proteste gegen das Minarett im Dorf Chela und die Erweiterung der Moschee in Batumi reagierten. Das Ignorieren der emotionalen Dimension der Streitfälle hat diese jedoch eher zugespitzt, wenn nicht gar mitausgelöst.

Ein weiterer Einflussfaktor ist die Angst orthodoxer Gemeinden vor einer türkischen Expansion. Diese Ängste sitzen besonders tief in Batumi und Kobuleti in Adscharien, an der Grenze zur Türkei. Auch die häufige Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zwischen Georgien und der Türkei konnte diese lokalen Ängste nicht aus dem Weg räumen.

Darüber hinaus herrscht die gesellschaftliche Wahrnehmung, dass sich neue Formen des Islam in Georgien ausbreiten. Die «traditionelle» georgische Form des Islam be-



steht aus einer Mischung von sunnitischem oder schiitischem Islam mit heidnischen oder sufischen Elementen. Der neue Einfluss zeigt sich etwa durch das Tragen von konservativeren Kopftüchern oder den Bau von Moscheen in «wahhabitischen Stil» (etwa im Pankissi-Tal, Gardabani und Marneuli). Bisweilen wird diese Wahrnehmung zusätzlich mit dem Eindruck eines wachsenden Einflusses der Türkei vermischt. Da die georgischen Sunniten in Adscharien und die sunnitischen Türken einige religiöse Gemeinsamkeiten teilen, wird auf Gemeindeebene befürchtet, die Türkei könnte eines Tages Adscharien zurückfordern.

Ferner fürchten die orthodoxen Gemeinden, dass sich die adscharischen Muslime, die zwar mehrheitlich ethnische Georgier sind, eher der Türkei als Georgien zugehörig fühlen und deshalb die ambivalente Politik der Türkei gegenüber dem Islamischen Staat (IS) übernehmen könnten. Die Gefahr dieser Wahrnehmung besteht darin, dass sie rasch ausser Kontrolle geraten kann und jene Georgier marginalisieren könnte, die sich für Frieden und Toleranz aussprechen – und zufällig dem islamischen Glauben angehören.

Unter dem Einfluss der Situation in Syrien und im Irak wächst auch in Georgien die Angst vor der Ausbreitung eines gewalttätigen religiösen Fanatismus. Schätzungen des US-Aussenministeriums zufolge haben sich bis Ende 2014 etwa 50–100 Georgier dem IS angeschlossen. Es wird befürchtet, dass mehr junge Muslime dem Beispiel Tarchan Batiraschwili folgen und sich dem IS anschliessen könnten. Bati-

raschwili, bekannt unter seinem Kampfnamen Omar al-Schischani («Omar, der Tschetschene»), gehört zur ethnischen Gruppe der Kisten aus dem Pankissi-Tal, das an Tschetschenien grenzt. Der ehemalige Unteroffizier der georgischen Armee gehört heute zur Führungsriege des IS. Seit dem ersten russisch-tschetschenischen Krieg Mitte der 1990er Jahre flohen immer wieder tschetschenische Flüchtlinge in den Süden Georgiens. Die Kontrolle über das Pankissi-Tal wurde deshalb zu einem Streitpunkt zwischen Russland und Georgien, wobei Russland Georgien vorwirft, den gewaltbereiten Extremismus zu fördern. Nachdem der interne aber auch externe Druck (durch Russland und die USA) anstieg, ging Georgien schliesslich unter anderem militärisch gegen die Separatisten vor und verhinderte die vom Tal ausgehende Verbreitung des Terrorismus.

Der Umgang mit Minderheiten

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 verstärkte sich die Suche nach der nationalen Identität Georgiens. Es lassen sich seitdem drei Zeitabschnitte unterscheiden. Während der ersten Phase unter Präsident Swiad Gamsachurdia (1991–1992) und zum Teil auch unter Eduard Schewardnadse (1992/1995–2003) war die staatliche Politik stark nationalistisch geprägt. Insbesondere der Slogan «Georgien den Georgiern», der Minderheiten implizit zu verstehen gab, es handle sich um ein Privileg, in Georgien leben zu dürfen, verärgerte die Minderheiten. Einige Führungspersonlichkeiten Georgiens empfanden die Minderheiten sogar als Bedrohung für die Unabhängigkeit des Landes. Mit der Un-

terzeichnung des Verfassungsvertrages (auch bekannt als «Konkordat») erkannte Schewardnadse die GOK offiziell an, alle anderen Glaubensgemeinschaften konnten sich lediglich als gemeinnützige Vereinigungen registrieren lassen. Bis heute erhält die GOK hohe Entschädigungen für ihre Unterdrückung zu Sowjetzeiten, wohingegen es erst seit 2014 Ausgleichszahlungen für muslimische, armenisch-apostolische, katholische und jüdische Glaubensgemeinschaften gibt, die zudem erheblich geringer ausfallen.

Die zweite Phase beginnt mit Micheil Saakaschwili (2004–2013), der das Land nach der Rosenrevolution modernisierte. Seine Politik förderte Gleichheit, Toleranz und den Schutz der Minderheiten. Sowohl der Rat für nationale Minderheiten der georgischen Ombudsstelle als auch der Rat für zivilgesellschaftliche Integration und Toleranz wurden beide im Jahr 2005 gegründet. In kultureller Hinsicht zeigte sich der Präsident zwar tolerant, gegen Oppositions-

Konflikte lassen sich eher dann gewaltfrei beilegen, wenn sie nicht auf nationaler Ebene ausgetragen werden.

gruppen und konkurrierende Ideen ging er jedoch mit Härte vor. Zu seinen Gegnern zählte auch das gesellschaftlich konservative Lager, darunter die GOK, deren Unterstützung Saakaschwili wohl aufgrund seines Hochgeschwindigkeits-Modernisierungsprogramms verlor.

Die dritte und derzeitige Phase unter Präsident Giorgi Margwelaschwili (seit 2013) und seinem Parteienbündnis «Georgischer Traum» ist geprägt von dem Willen, Minderheitenthemen anzugehen (wie etwa das Antidiskriminierungs-Gesetz vom Mai 2014 zeigt) und mehr Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden zu üben. Exemplarisch für diese Politik stehen das kürzlich umbenannte «Staatsministerium für Versöhnung und Zivile Gleichstellung» («Zivile Gleichstellung» bezieht sich auf Minderheiten) sowie das «Nationale Konzept für Toleranz und Zivile Integration».

Im Rahmen dieses Konzepts hat das Ministerium multiethnische Kulturveranstaltungen organisiert, Kampagnen zur zivilgesellschaftlichen Sensibilisierung und Toleranz lanciert und 2014 eine Behörde für interreligiöse Belange geschaffen. Bisher marginalisierte Gruppen thematisierten ihre vergangenen Leiden und gelangten in den Fokus der Öffentlichkeit. Dies rief auch die GOK auf den Plan. Um ihren Machtanspruch gegenüber der Regierung zu behaupten, forderte sie ihre Anhänger zum Protest gegen das Antidiskriminierungs-Gesetz auf. Die Konflikte seit 2012 sind demnach als Antwort auf die von Saakaschwili von oben verordnete Politik der Toleranz zu verstehen.

Strategien für die Zukunft

Bis heute wurden bereits konkrete Schritte unternommen, um das friedliche Zusammenleben in Georgien zu fördern. Kostenlose Übersetzungsdienste an Gerichten, mehrsprachiger Unterricht an Schulen und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Minderheitenregionen erleichtern Minderheiten den Zugang zu Justiz und Bildung. Die Umsetzung weiterer Massnahmen zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens bedarf jedoch weiterer Anstrengungen. Die Regierung

könnte die Umsetzung ihrer Politik auf zwei Wege stärken: *Erstens* durch die Förderung eines Identitätsdiskurs, der Angehörige von Minderheiten als vollwertige Staatsbürger Georgiens anerkennt. Ein inklusiver und partizipativer gesellschaftlicher Prozess, der ohne kulturell oder historisch negativ konnotierte Terminologie auskommt, weist in die richtige Richtung. Aber auch eine vielfältigere Geschichtsschreibung sowie verbindende Nationalhelden und Mythen können hilfreich sein. Solche Ansätze können zur Förderung von Inklusion und Minderheitsbeteiligung beitragen, indem sie den Minderheiten zeigen, dass sie ihre möglicherweise abweichende Meinung geschützt zum Ausdruck bringen können, ohne als radikal oder verächtlich verurteilt zu werden.

Zweitens sollte Georgien den Fokus auf lokale Lösungen richten. Die Stärkung der

lokalen Regierungsführung und föderalistischer Elemente stärkt den politischen Diskurs auf lokaler Ebene und begünstigt lokale Lösungen zugunsten eines friedlichen Zusammenlebens. Konflikte lassen sich eher dann gewaltfrei beilegen, wenn sie nicht auf nationaler Ebene ausgetragen werden, wo der diskriminierende Diskurs leicht ausser Kontrolle gerät. Dies erfordert gezieltes Medientraining zur Bekämpfung von Hassreden und einseitiger Berichterstattung. Versetzt man die lokalen Akteure in die Lage, für ihren Disput kreative Lösungsansätze zu entwickeln, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie tatsächlich praktikable Lösungen finden. Soll die Konfliktlösung jedoch einen Standard für alle künftigen Streitfälle setzen, ist das Finden einer Lösung wesentlich schwieriger.

Die Schweiz fördert bereits heute die politische Inklusion ethnischer Minderheiten im Süden Georgiens und unterstützt die lokale und regionale Entwicklung ebenso wie die politische Teilhabe von Frauen ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft. Damit unterstützt die Schweiz die übergeordneten Ziele zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Mehr- und Minderheiten. Sie könnte eventuell künftig eine Unterstützung lokaler Lösungsansätze stärker in Erwägung ziehen. Gibt es bereits lokale Streitbeilegungsmechanismen und, wenn ja, wie funktionieren diese? Könnte die Schweiz mit ihrer Expertise eine unterstützende Rolle bei der Mediation auf Gemeindeebene spielen? Partnerschaften mit Institutionen wie der Ombudsstelle oder dem Staatsministerium für Versöhnung und Zivile Gleichstellung, sollten zur Förderung des gegenseitigen Erlernens ausgetestet werden. Neben der Förderung des friedlichen Zusammenlebens in Georgien kann die Schweiz unter Umständen auch wichtige Lektionen zur Anwendung im eigenen Land lernen.

Angela Ullmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Culture and Religion in Mediation (CARIM) Programm des Center for Security Studies an der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Benno Zogg
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Die britische Verteidigungsstrategie von 2015 Nr. 185
Ein Schweizer Nordafrika-Programm 2.0 Nr. 184
Countering Violent Extremism in der Terrorabwehr Nr. 183
Rüstungsbeschaffung (2): Projektdynamiken Nr. 182
Rüstungsbeschaffung (1): Politisch-militärischer Rahmen Nr. 181
Wehrpflicht in Europa: Neue Relevanz Nr. 180